

1. September 2006 / Nr. 50

KOFF – swisspeace

- Gender-Rundtisch zur UNO-Sicherheitsratsresolution 1325
- Sri Lanka-Rundtisch zu den Konsequenzen des EU-Verbots der LTTE
- KOFF Training „Introduction to Dialogue Facilitation“
- LIPS und „FriedensFrauen Weltweit“ sind neue KOFF-Trägerorganisationen
- Infomarkt Mediation aufgeschaltet

Schwerpunkt

- Nicht-staatliche Gewaltgruppen – Teil des Problems, Teil der Lösung?

Schweizer Nichtregierungsorganisationen

- PBI-Unterrichtseinheit zu Menschenrechten und Gewaltfreiheit
- Medien-Workshop für Projektpartner im Ausland
- Aus WSP International wird Interpeace
- Drei weitere nicht-staatliche Gewaltgruppen unterzeichnen Geneva Call's „Deed of Commitment“
- HEKS-Workshops zu Friedensförderung in Gambella und zu „Do no Harm“ im Kosovo
- World Vision Schweiz: Friedenslager für Jugendliche in Montenegro, Georgien und Abchasien
- LIPS – die „Lucerne Initiative for Peace and Security“ ist 44. KOFF-Trägerorganisation

Schweizer Regierungsstellen

- Deklaration „Frauenrechte und die UN-Reform“ lanciert
- Botschafter-Retraite zum Thema Mediation
- Weiteres Seminar zum UNO-Menschenrechtsrat

Internationale Partnerorganisationen

Berghof, FriEnt, International Alert

Veranstaltungen, Publikationen, Webtipp

Herausgeber:
Kompetenzzentrum
Friedensförderung KOFF
Sonnenbergstrasse 17
CH - 3000 Bern 7
Tel: +41 (0)31 330 12 12
www.swisspeace.org/koff

KOFF – swisspeace

Links

- [KOFF-Gender-Webseiten](#)
- [International Alert](#)
- [Britischer nationaler Aktionsplan](#)
- [Norwegischer Aktionsplan](#)
- [„UN NGO working group“](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Cordula Reimann](#)

Gender-Rundtisch zur UNO-Sicherheitsratsresolution 1325

Mitte August organisierte KOFF einen speziellen Gender-Rundtisch zur UN-Resolution 1325. Die Veranstaltung zeigte internationale Prozesse in der Entwicklung eines Aktionsplanes zur Umsetzung der Resolution auf. Verschiedene Referate beleuchteten die Wilton-Park-Konferenz „Peace and Security: Implementing UN Security Council Resolution 1325“, den Schweizer Aktionsplan sowie die „NGO working group on Women, Peace and Security“ der UNO. Die anschliessende Diskussion drehte sich um Fragen von Verantwortlichkeit, Überwachung, Kohärenz und Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen und Regierungen bei der Implementierung von nationalen Aktionsplänen.

Am Rundtisch wurde die „[Chatham House Rule](#)“ angewendet. Es gibt daher keine spezifischen Hinweise zu Organisationen oder Referentinnen und Referenten. 24.08.2006

Links

- [Mehr Informationen zum EU-Verbot der LTTE](#)
- [KOFF-Webseiten zu Sri Lanka](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Cordula Reimann](#)

Sri Lanka-Rundtisch zu den Konsequenzen des EU-Verbots der LTTE

Der Rat der Europäischen Union (EU) setzte im Mai die „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) auf die Liste der Organisationen, auf welche die EU besondere Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus anwendet. Im Hinblick darauf und auf die Gewalteskalation in Sri Lanka organisierte KOFF einen nicht offiziellen Rundtisch. Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Nichtregierungsorganisationen und der Diaspora, Regierungsvertreter und Konsulenten diskutierten die Auswirkungen auf die Friedensförderung und auf die Schweiz als Nicht-Mitglied der EU. Aufgrund der vertraulichen Veranstaltung erfolgt hier keine detaillierte Berichterstattung zu den Inhalten der Gespräche. 30.08.2006

Links

- [KOFF-Trainings 2006](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Steffen Rottler](#)

KOFF Training „Introduction to Dialogue Facilitation“

Im Rahmen seiner diesjährigen Trainingsreihe führte KOFF Anfang Juli ein zweitägiges Training zu „Dialogue Facilitation“ durch. Die Teilnehmer erhielten eine Einführung in die Methodik von Vorbereitung, Organisation und Fazilitation von Dialogen zwischen Konfliktparteien und wurden mit dem Ansatz der „Interactive Conflict Resolution“ vertraut gemacht. Anhand verschiedener Fallbeispiele und Rollenspielsequenzen wurde das Thema eingehend betrachtet und Fertigkeiten praktisch eingeübt. Das Training wurde von Norbert Ropers, Direktor der Berghof Stiftung für Konfliktstudien, Sri Lanka, und Günther Bächler, „Special Advisor for Peace Building“ in Nepal des Schweizerischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten, geleitet und von 20 Teilnehmenden besucht. 04.07.2006

Links

- [LIPS](#)
- [FriedensFrauen Weltweit](#)

Weitere Informationen:
LIPS [Ahmed M. El Ashker](#)

LIPS und „FriedensFrauen Weltweit“ sind neue KOFF-Trägerorganisationen

Das Steering Committee des KOFF hat an seiner letzten Sitzung im Juli die beiden Organisationen „Lucerne Initiative for Peace and Security“ (LIPS) und „FriedensFrauen Weltweit“ als neue KOFF-Trägerorganisationen aufgenommen. Damit umfasst die Trägerschaft des Kompetenzzentrums aktuell 45 Nichtregierungsorganisationen. Die LIPS wird in dieser Newsletterausgabe unter „Schweizer Nichtregierungsorganisationen“ breiter vorgestellt, weitere Informationen zu den „FriedensFrauen Weltweit“ finden sich in Artikeln aus früheren KOFF-Newsletterausgaben.

31.07.2006

Links

- [Infomarkt Mediation](#)
- [MSP](#)

Weitere Informationen:
MSP [Matthias Siegfried](#)

Infomarkt Mediation aufgeschaltet

Das „Mediation Support Project“ (MSP) von swisspeace hat je eine Datenbank zu internationalen Organisationen und Trainings auf dem Gebiet von Mediation und Fazilitation in Friedensprozessen auf seinen Webseiten aufgeschaltet. Unter der Rubrik „Who is Who“ sind 48 internationale Organisationen aufgeführt, die nach Art der Organisation, Herkunftsland und regionalem Schwerpunkt abgefragt werden können. In einer weiteren Rubrik sind 83 Trainingsangebote nach ihrer Dauer sortiert abrufbar.

31.07.2006

Schwerpunkt

Links

- KOFF hat eine [kommentierte Bibliographie](#) zum Thema von nicht-staatlichen Gewaltgruppen publiziert.
- [Berghof Stiftung für Konfliktstudien](#)
- [Centre for Humanitarian Dialogue](#)
- Conciliation Resources: [„Accord engaging armed groups in peace processes“](#)

Nicht-staatliche Gewaltgruppen – Teil des Problems, Teil der Lösung?

Die jüngsten Gewaltausbrüche im Nahen Osten und in Sri Lanka haben das Thema nicht-staatlicher Gewaltgruppen (non-state armed groups, NSAG) und die Frage, wie am besten mit ihnen umzugehen ist, wieder auf die Agenda der internationalen Vermittlung gebracht. Verschiedene Regierungen und Nichtregierungsorganisationen haben in den letzten Jahren wichtige Erfahrungen mit NSAG in den Bereichen humanitäres Engagement, Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht, Konflikttransformation und Mediationsprozesse gesammelt. Wie können NSAG definiert werden? Warum ist es so wichtig, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und welches sind die grössten Herausforderungen und möglichen Strategien dazu? Der vorliegende Schwerpunktartikel geht unter Einbezug der aktuellen, internationalen Literatur diesen Fragen nach.

Es gibt keine allgemein anerkannte Definition von NSAG. Einer der aktuellsten Versuche kommt von der britischen Nichtregierungsorganisation „Conciliation Resources“. Danach repräsentieren NSAG Akteure, die ausserhalb staatlicher Kontrolle operieren, das Staatsmonopol der Gewaltausübung herausfordern und

- [„Deed of Commitment“](#)
Geneva Call

- Dyan Mazurana. [Women in Armed Opposition Groups Speak on War, Protection and Obligations under International Humanitarian and Human Rights Law.](#) [Report](#) of a workshop organized by Geneva Call and the Program for the Study of International Organization(s)

- Dyan Mazurana. [Women in Armed Opposition Groups in Africa and the Promotion of International Humanitarian Law and Human Rights](#)

- [The Armed Groups Project](#)

- [Wilton Park Conference Report](#) „Engagement of armed groups in peace processes“

- [Coalition to Stop the Use of Child Soldiers](#)

die Möglichkeit haben, humanitäre oder friedensfördernde Initiativen zu verhindern, zu blockieren oder zu gefährden. NSAG selber sehen sich als „Befreiungskämpfer“ oder als „nationale Widerstandsbewegung“. Die Akteure, die Verhandlungen mit NSAG ablehnen, bezeichnen NSAG als „Terroristen“. In diesem Artikel werden NSAG als politische Akteure verstanden, welche die Bedürfnisse und Interessen von marginalisierten Gruppen gewalttätig vertreten.

Was spricht für die Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren?

Die vielfältigen Erfahrungen von Regierungen und den Zivilgesellschaften in Sri Lanka, Kolumbien, Tschetschenien und Sudan zeigen drei hauptsächliche Gründe auf, die für eine Zusammenarbeit mit NSAG sprechen: Erstens halten sie zusammen mit den entsprechenden Regierungen den Schlüssel für die Beendigung eines gewaltsamen Konflikts in den Händen. Zweitens greifen NSAG weniger schnell zu den Waffen, wenn sie die politische Möglichkeit haben, ihre Ansichten hörbar und gewaltfrei zu vertreten. Ein mangelndes Engagement mit NSAG stärkt oft die Hardliner einer Gruppe, wie auch die aktuellen internationalen Debatten um Sanktionen gegen und Verbote von NSAG wie der „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) zeigen. Drittens besteht nur bei einer Zusammenarbeit mit NSAG die reelle Chance, die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung nachhaltig zu verbessern.

Welches sind die Schlüsselherausforderungen und Dilemmata?

Auch wenn die Herausforderungen eines Engagements mit NSAG sehr spezifisch sind, stellen sich in allen Konfliktumfeldern drei Grundfragen. Erstens: Inwieweit bedeutet die Zusammenarbeit mit NSAG eine Anerkennung und Legitimierung ihrer politischen Interessen und Gewaltanwendung? Hier stellt sich die grundlegende Frage nach der Legitimität, der Repräsentativität und der Kontrolle von NSAG. Es muss kritisch diskutiert werden, wie weit das Engagement mit NSAG in bestimmten politischen Kontexten die Abwertung, Marginalisierung und Entmachtung von nicht-gewalttätigen und nicht-staatlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren mitsichzieht. Zweitens: Wieweit basiert der Umgang mit NSAG auf dem naiven Optimismus, NSAG würden schlussendlich einer gewaltlosen Konflikttransformation zustimmen? Wieweit sind NSAG ernsthaft interessiert, sich in eine soziale und demokratische Bewegung umzuwandeln? Es gibt verschiedene strategische und taktische Motive für NSAG, einer Drittparteiintervention zuzustimmen, welche vom Bestreben um internationale Unterstützung und politische Legitimation bis zur Wiederaufrüstung reichen. Drittens: Wie und warum sollten NSAG auf Gewalt verzichten und einer Entwaffnung zustimmen, wenn Gewalt ein integraler, wenn nicht konstituierender Bestandteil ihrer Identität und der lokalen Kultur darstellt?

Was gibt es für Ansatzpunkte für Vermittlungsstrategien?

Die Möglichkeiten für Vermittler hängen stark vom ihrem politischen Einfluss, ihrem Mandat und ihren bestehenden Kontakten mit den NSAG ab. Es gibt Bestrafungsmassnahmen wie die Aufnahme von NSAG auf „Terroristenlisten“ und öffentliches „Nennen und Verurteilen“ („naming and shaming“). Ersteres wird oft von Regierungen vorgenommen, um Gelder einzufrieren oder um die Reise- und Handlungsmöglichkeiten von NSAG einzuschränken. „Naming and shaming“ der Menschenrechtsverletzungen von NSAG werden von Regierungen und Nicht-

regierungsorganisationen angewandt. Illustrierende Beispiele sind die Kampagnen von „Amnesty International“ oder der „Coalition to Stop the Use of Child Soldiers“. Regierungs- wie Nichtregierungsorganisationen können aber auch versuchen, Konflikttransformationsstrategien anzuwenden, Kapazitäten aufzubauen und NSAG in Dialogprozesse zu Fragen der Regierungsführung, Sicherheit und Versöhnung einzubinden. Die Berghof Stiftung für Konfliktstudien in Sri Lanka hat hier mit ihrem Dialog mit der LTTE Pionierarbeit geleistet. Als Einstieg in einen entsprechenden Verhandlungsprozess und als entscheidende vertrauensbildende Massnahme können humanitäre und Menschenrechtsstandards mit den NSAG diskutiert werden. In dieser Richtung leistet „Geneva Call“ wegweisende Arbeit. Die Genfer Organisation hat den „Deed of Commitment“ lanciert, in dem sich NSAG bereit erklären, internationale humanitäre Normen einzuhalten und auf den Einsatz von Landminen zu verzichten. Im Vergleich zu Regierungen haben Nichtregierungsorganisationen den Vorteil, dass ihr Engagement mit NSAG inoffiziell und weniger formell ist und als weniger parteiisch eingestuft wird. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen mit NSAG wird zudem weniger schnell mit der automatischen Legitimierung von NSAG in Verbindung gebracht.

Vom Problem zur Lösung: Was braucht es?

Das Thema NSAG und der Umgang mit ihnen werfen viele komplexe und widersprüchliche Fragen politischen Engagements auf und erfordern gemeinsame Anstrengungen von Forschung und Entscheidungsträgern. Erstens braucht es anspruchsvolle Konfliktanalysewerkzeuge, die ein differenziertes Verständnis von NSAG, ihrer Ideologie, ihren Führern und ihren Kapazitäten ermöglichen. Zweitens müssen Mechanismen umgesetzt werden, welche die verschiedenen bestehenden Strategien von Zivilgesellschaft, humanitären Hilfsorganisationen und Vermittlern aus Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen im Umgang mit NSAG koordinieren. Die Arbeit mit NSAG zeigt drittens, dass die Strategien von Regierungsstellen und Nichtregierungsorganisationen unterschiedliche strategische Vorteile beinhalten. Gefragt sind innovative und kohärente Ansätze, welche die verschiedenen Strategien und Werkzeuge von Regierungs- und Nichtregierungsakteuren einbinden und in eine geeignete, zeitlich und politisch abgestufte Reihenfolge bringen. Es gibt keine politische Alternative zur Einbindung von NSAG in einen Friedensprozess. Dabei dürfen allerdings gewaltlos agierende Gruppen und die breite Zivilgesellschaft nicht vernachlässigt werden. Eine nachhaltige Friedensarchitektur muss die Leistungen und den Nutzen für unbewaffnete und bewaffnete Akteure ausbalancieren.

01.08.2006

Weitere Informationen:
KOFF [Cordula Reimann](#)

Schweizer Nichtregierungsorganisationen

Links

- [PBI Schweiz](#)
- [Bildungsangebote von NRO für die Schule](#)

PBI-Unterrichtseinheit zu Menschenrechten und Gewaltfreiheit

Die Schweizer Sektion von Peace Brigades International (PBI) hat eine Unterrichtseinheit zum Thema Menschenrechte und Gewaltfreiheit für die 7.-9. Schulstufe erarbeitet und lanciert diese ab dem Schuljahr 2006/07 in Schulen der Deutsch- und Westschweiz. Während des halbtägigen Unterrichtsblocks werden den Schülerinnen und Schülern theoretisch und konkret die Menschenrechte und

Weitere Informationen:
[PBI Carolin Krauss](#)

das Prinzip der Gewaltfreiheit näher gebracht. Eine Friedensfachperson von PBI berichtet über den Einsatz als Beobachter und als Begleitperson von bedrohten Menschenrechtsverteidigern in einem Konfliktgebiet. Die Schülerinnen und Schüler erhalten so einen direkten Einblick in die Menschenrechtssituation vor Ort und lernen konkrete Beispiele gewaltfreier Förderung der Menschenrechte kennen. In Diskussionen wird der Bezug zur Schweiz und zum Leben der Schüler hergestellt. Verschiedene Übungen bieten konkrete Handlungsvorschläge für den Alltag. Zusätzlich zur Unterrichtseinheit stellt PBI weitere Module zur Vertiefung der Themen zur Verfügung.

01.07.2006

Links

■ [medienhilfe](#)

Weitere Informationen:
[medienhilfe](#)
[Roland Brunner](#)

medienhilfe-Workshop für Projektpartner im Ausland

Hilfswerke und friedenspolitische Organisationen in der Schweiz verfügen über professionelle Kommunikations- und Marketingabteilungen, um die Schweizer Öffentlichkeit über ihre Arbeit zu informieren. Die Projektpartner im Ausland weisen diese Ressourcen und das nötige Know-how nur selten auf. Häufig tun sie sich schwer mit ihrer Medienarbeit und damit, eine grössere Öffentlichkeit zu erreichen. Der neue Workshop „Medienpartnerschaften“ der medienhilfe richtet sich an Programm- und Projektverantwortliche in der Schweiz, vor allem aber auch an ihre Partnerorganisationen im Ausland. Ziel des Workshops ist es, eine professionelle Analyse der Mediensituation im Projektland durchzuführen und gezielte Medienpartnerschaften aufzubauen, um so die Wirkung der Projektarbeit zu stärken. Der Workshop wird als halbtägige Informationsveranstaltung oder als ganztägiges Seminar, angeboten, in dem auch Konzepte zu individueller Medienarbeit erarbeitet werden. Zudem stellt die medienhilfe Medienassessments und Mediencoachings zur Verfügung, um laufende Medienarbeit zu begleiten.

18.07.2006

Links

■ [Informationen zur Gründungsveranstaltung von Interpeace](#)

■ [International Peacebuilding Alliance](#)
[Interpeace](#)

Weitere Informationen:
[Interpeace](#) [Scott Weber](#)

Aus WSP International wird Interpeace

Im vergangenen Juli hat das „War-torn Societies Project“ seinen Namen in „International Peacebuilding Alliance, Interpeace“ geändert. Mit dem Namenswechsel ging eine Ausweitung der Friedensförderungsprogramme einher: Zu den bisherigen Aktivitäten in Eritrea, Mosambik und Mazedonien sind Programmen in Somalia, Ruanda, Israel/Palästina und Guatemala gekommen. Noch in diesem Jahr sollen zusätzliche Programme in Burundi, Guinea-Bissau, Indonesien, Liberia, Peru und möglicherweise Osttimor gestartet werden. Interpeace arbeitet zudem an einem regionalen Ansatz für die Problematik der Jugendbanden in Zentralamerika. Zudem ist ein Projekt mit der UNO und International IDEA zum Thema Verfassungsgebung in Nachkriegsgesellschaften geplant. Interpeace arbeitet von Genf aus mit einem Budget von 18 Millionen US-Dollars und mehr als 200 Mitarbeitenden weltweit und ist damit eine der grössten Organisationen in der Friedensförderung.

15.07.2006

Links

- [Geneva Call](#)
- Geneva Call's
„[Deed of Commitment](#)“
- [Schwerpunktartikel](#)
in dieser Newsletter-
ausgabe zu nicht-
staatlichen
Gewaltgruppen

Weitere Informationen:
Geneva Call
[Elisabeth Reusse-Decrey](#)

Drei weitere nicht-staatliche Gewaltgruppen unterzeichnen Geneva Call's „Deed of Commitment“

Der „Kurdistan People's Congress“, die „Kuki National Organisation“ (KNO) und die „Chin National Front“ (CNF) sowie ihr militärischer Arm, die „Chin National Army“ (CNA), haben im Juli und August den „Deed of Commitment“ der Genfer Nichtregierungsorganisation Geneva Call unterzeichnet. Sie verzichten damit verbindlich auf den Einsatz von Antipersonenminen. Bisher haben 30 Gruppen aus Afrika, dem Nahen Osten, Lateinamerika und Asien das entsprechende Dokument unterzeichnet.

Der „Kurdistan People's Congress“, der auch unter dem Namen „Kurdistan Workers' Party“ (PKK) bekannt ist, kämpft seit 1984 gegen den türkischen Staat. Beide Parteien setzten Minen ein, besonders in den vorwiegend kurdischen Gebieten im Südosten des Landes. Die Türkei hat bereits 2003 mit dem Beitritt zur „Ottawa Konvention“ auf den Einsatz von Minen verzichtet. Die KNO operiert im Nordosten von Indien und im Nordwesten von Burma/Myanmar. Sie wurde 1988 gegründet und verlangt von Indien und Burma/Myanmar eine Autonomie für ein „Kukiland“. Die CNF/CNA wurde ebenfalls 1988 gebildet und setzt sich für eine Selbstbestimmung der „Chin“, einer Volksgruppe in Burma/Myanmar, ein.

10.08.2006

Links

- [„Gambella Connecting People Project“](#)

Weitere Informationen:
HEKS [Felix Gnehm](#)
(Programmbeauftragter
Horn von Afrika), [Maya
Krell](#) (Projektstelle Frieden)

HEKS-Workshops zu Friedensförderung in Gambella und zu „Do no Harm“ im Kosovo

Im vergangenen Juni hat HEKS seine sieben Partnerorganisationen in Gambella (Äthiopien) sowie verschiedene lokale Vertreter der Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe und der Regierung zu einem zweitägigen Friedensförderungs-Workshop eingeladen. Es ging darum, sich gegenseitig auszutauschen und das Wissen zu Instrumenten und Konzepten der Friedensförderung zu vertiefen. Die Friedensförderung stellt in Gambella einen thematischen Fokus von HEKS dar.

Eine Fallstudie aus dem HEKS-Friedensprojekt „Gambella Connecting People Project“ zeigte, dass es sich trotz wiederholten Rückschlägen lohnt, Interessensgruppen eines Dorfes zusammenzubringen. Es wurde aber auch klar, dass die verschiedenen Lebensstile und -strategien unterschiedlicher Gruppen besser analysiert und in den Projektkontext einbezogen werden müssen. Weiter zeigte sich, wie wichtig eine detaillierte Planung und eine kontinuierliche Beobachtung der Entwicklungen im Feld sind. In Gruppenarbeiten vertieften die Workshopteilnehmenden ihr Wissen zu Projektmanagement in Konflikten, zur Rolle von Nichtregierungsorganisationen in der Friedensförderung, zu Frühwarnsystemen in Konfliktregionen sowie zu traditionellen und modernen Konfliktlösungsmechanismen. Dabei wurden immer wieder die Hintergründe des Konflikts in Gambella angesprochen.

30.06.2006

- [KOFF-Webseiten](#)
zu „Do no Harm“

Weitere Informationen:
HEKS [Maya Krell](#)
KOFF [Anita Müller](#)
Caritas [Gerhard Meili](#)

„Do no Harm“-Workshop im Kosovo

HEKS und Caritas Schweiz haben zusammen mit dem Kompetenzzentrum Friedensförderung (KOFF) Mitte Juli in Prishtina im Kosovo einen Vertiefungsworkshop zum Ansatz „Do no Harm“ durchgeführt. Daran nahmen Caritas-Mitarbeitende im Kosovo, Mitarbeitende von HEKS-Partnerorganisationen und ein lokaler Vertreter des Schweizerischen Roten Kreuzes teil. Überlegungen zu „Do no Harm“ hätten seit den ersten Einführungskursen 2005 zu mehr Konfliktsensibilität in der Projektarbeit geführt, bilanzierten die Teilnehmenden. Sie würden heute viel stärker darauf achten, welche Gruppen in ein Projekt involviert würden und wie mehr Ausgleich zwischen den Menschen herbeigeführt und eine Verstärkung von Spannungen vermieden werden könnten.

Im Verlauf des Workshops analysierten die Teilnehmenden mit der „Do no Harm“-Methode aktuelle Projekte und entwickelten Optionen bei sich zeigenden Problemen. Zu diesen gehören der Umgang mit Akteuren, die Annäherungsprozesse stören, oder die Auswahl der Begünstigten bei stark limitierten Ressourcen. Die Rückmeldungen zum Workshop fielen sehr positiv aus. Neben der Vertiefung und Anwendung von „Do no Harm“ im eigenen Projekt wurden vor allem der Austausch und die Entwicklung von Ideen für zukünftige Zusammenarbeit unter den teilnehmenden Organisationen positiv gewertet.

21.07.2006

Links

- [Weitere Informationen](#)
von World Vision zu den Lagern
- [Abschlussbericht](#)
zum Lager in Montenegro

Weitere Informationen:
World Vision Schweiz
[Stefanie Jud](#)

World Vision Schweiz: Friedenslager für Jugendliche in Montenegro, Georgien und Abchasien

Nach den guten Erfahrungen vom vergangenen Jahr führte World Vision Schweiz diesen Sommer wieder drei „Peace-building Camps“ durch. Das erste Lager fand in der letzten Juniwoche in Montenegro statt. Es nahmen 40 Jugendliche verschiedener Ethnien und Religionszugehörigkeiten aus Albanien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo teil. Zwei weitere Camps wurden im Juli in Georgien und Abchasien organisiert. Am Camp in Tsaghveri in Georgien nahmen 25 Jugendliche aus Aserbaidschan, Armenien und Georgien teil. Das Lager in Abchasien fand in Sukhumi und in den abchasischen Bergen mit 40 Jugendlichen aus Tschetschenien und Abchasien statt.

Die Jugendlichen hatten jeweils während bis zu zwei Wochen Zeit, sich ausserhalb ihres angestammten Umfeldes kennenzulernen. Verschiedene Workshops waren von den Jugendlichen selbst organisiert worden und widmeten sich Themen wie Gruppenzugehörigkeit und Ausschliessung, Diskriminierung, friedliche Konfliktlösung, Menschenrechte und die UNO als Modell zur Förderung des inter-ethnischen Dialogs. „Der Krieg hat viel Unglück und Hass gebracht. Im ‚Peace Camp‘ lerne ich viel über mein Verhalten und das der anderen. Ich glaube, ich kann nun besser mit Streit und Aggressionen umgehen. Meine Eltern unterstützen mich und wollen auch wissen, was ich im Lager lerne,“ sagt Arlinda (13) aus dem Kosovo.

21.07.2006

Links

- [LIPS](#)
- Weitere [Infos](#) zur LIPS-Konferenz 2005

Weitere Informationen:
[LIPS Lucas Beck](#)

LIPS – die „Lucerne Initiative for Peace and Security“ ist 44. KOFF-Trägerorganisation

Seit Anfang Juli 2006 ist die „Lucerne Initiative for Peace and Security“ (LIPS) Trägerorganisation des Kompetenzzentrums Friedensförderung (KOFF). LIPS wurde im Oktober 2003 als Wiederentdeckung einer alten Tradition von Luzern als internationale Friedensstadt gegründet. Im Herbst 2005 organisierte LIPS eine Neuauflage der Friedenskonferenz von 1905, damals war der 14. Internationale Friedenskongress in Luzern durchgeführt worden.

Die LIPS versteht sich als Arbeits- und Kommunikationsplattform mit dem Ziel, nachhaltige Ansätze zur Lösung aktueller friedens- und sicherheitspolitischer Herausforderungen zu erarbeiten, zu diskutieren und zu fördern. Die Basis dazu bildet ein breites Verständnis von Sicherheits- und Friedenspolitik, das gesellschaftliche, politische, rechtliche, kulturelle, religiöse, wirtschaftliche, militärische und wissenschaftlich-technologische Aspekte umfasst. LIPS legt dabei besonderen Wert auf die Zusammenarbeit unter den Vertreterinnen und Vertretern des politischen, des wirtschaftlichen und des zivilgesellschaftlichen Sektors aus unterschiedlichen Kulturkreisen. Die Organisation ist der politischen und religiösen Neutralität verpflichtet. Zur Umsetzung ihrer Ziele arbeitet LIPS mit anderen Organisationen und Institutionen aus dem In- und Ausland zusammen. Kernaktivitäten umfassen die Organisation von Veranstaltungen (Kongresse, Workshops und Vorträge) sowie Öffentlichkeitsarbeit.

01.07.2006

Schweizer Regierungsstellen

Links

- [OHCHR](#)
- [CEDAW](#)

Weitere Informationen:
[Politische Abteilung IV](#),
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Deklaration „Frauenrechte und die UN-Reform“ lanciert

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey hat im Rahmen des Netzwerkes der Aussenministerinnen eine Deklaration zum Thema „Frauenrechte und UN-Reform“ lanciert, welche von achtzehn weiteren Ministerinnen unterzeichnet und an UN-Generalsekretär Kofi Annan gesandt wurde. Die neunzehn Ministerinnen vertreten darin den Standpunkt, dass sich der neu geschaffene Menschenrechtsrat – stärker noch als die Kommission für Menschenrechte – den Frauenrechten annehmen soll.

Die Ministerinnen unterstützen in der Deklaration die Absicht der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, die Expertise ihres Büros (OHCHR) hinsichtlich Gender und Frauenrechte auszubauen. Dies soll mit der Schaffung einer speziellen Organisationseinheit erfolgen. Gender und Frauenrechte sollen zu einer Priorität des Programms der Hochkommissarin werden.

Die Deklaration unterstützt weiter den Vorschlag der Hochkommissarin, das „Komitee zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau“ (CEDAW), das zurzeit dem UN-Departement für soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten in New York zugewiesen ist, neu dem OHCHR zu unterstellen. Dies würde gemäss der Deklaration dazu beitragen, den Status und die Sichtbarkeit des Komitees und der „Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau“ zu erhöhen.

Links

- [hd](#)
- [MSP](#)

Weitere Informationen:
Politische Abteilung IV,
Eidgenössisches Departement für auswärtige
Angelegenheiten
[Murezi Michael](#)

Botschafter-Retraite zum Thema Mediation

Friedensverhandlungen sind hochkomplexe, prestigeträchtige Prozesse, welche die Schweiz vor grosse Herausforderungen stellen. Deshalb hat die Politische Abteilung IV des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) anfangs August zusammen mit dem Centre for Humanitarian Dialogue (hd) und dem Mediation Support Project (MSP) eine Retraite für Botschafter und Leiter der Koordinationsbüros der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zum Thema Mediation und den Möglichkeiten der Schweiz durchgeführt.

Alvaro de Soto, der für die UNO verschiedene Friedensverhandlungen leitete, und Martin Griffiths, Direktor des hd, setzten in ihren Einleitungsreferaten den Ton: Die Schweiz dürfe den Dialog mit schwierigen Partnern nicht scheuen und müsse ihre komparativen Vorteile in Friedensprozessen nutzen. Auf diese konnten sich die Teilnehmer der Retraite schnell einigen: Die Schweiz geniesst bei vielen Konfliktparteien ein hohes Ansehen. Ihre Verfassungs- und Mediationsexperten haben entscheidende Beiträge in Friedensprozessen erbracht wie im Konflikt zwischen dem Norden und Süden des Sudans, in Aceh oder beim Waffenstillstandsabkommen zwischen der Rebellenorganisation LAR und der ugandischen Regierung. Und nicht zuletzt kann die Schweiz gerade in Zeiten des „Krieges gegen den Terrorismus“ dank ihrer Unabhängigkeit Kontakte mit nicht-staatlichen Gewaltgruppen pflegen, die eine spätere Vermittlung in Friedensverhandlungen erst ermöglichen.

Die Teilnehmer der Retraite betonten, dass die Schweiz weiterhin als Gastgeberin für Friedensverhandlungen gefragt sein wird – wie diesen Frühling bei den Verhandlungen zwischen der Regierung Sri Lankas und der LTTE – oder als Fazilitatorin von Dialogprozessen wie sie zurzeit zwischen den bewaffneten Gruppierungen und der Regierung Kolumbiens stattfinden. Die Chance zur Mediation von Friedensverhandlungen erhalte die Schweiz nur, wenn sie in einer Konfliktregion über Jahre hinweg Aufbauarbeit leiste. Die Schweiz müsse auch bereit sein, Niederlagen einzustecken, da Friedensverhandlungen langwierig sind und allzu oft scheitern.

18.08.2006

Links

- [KOFF-Newslterartikel zum ersten Seminar](#)

Weiteres Seminar zum UNO-Menschenrechtsrat

Die Schweiz hat Ende August in Lausanne erneut ein Seminar im Zusammenhang mit dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen durchgeführt. Themen waren die Behandlung der Menschenrechtssituation in den USA und die Einführung des neuen „Mechanismus der universellen regelmässigen Überprüfung“. Dieser Mechanismus ist eine der wichtigsten Neuerungen im Vergleich zur früheren Menschenrechtskommission und soll es dem Rat ermöglichen, die Situation in jedem Land während eines noch festzulegenden Zeitraums zu überprüfen. Im Weiteren stellten Walter Kälin und Andrea Aeby von der Universität Bern den mit der Unterstützung des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) entwickelten universellen Menschenrechtsindex vor. Diese On-

Weitere Informationen:
EDA, Ständige Mission
der Schweiz bei der UNO
in Genf, [Raphaël Saborit](#)

line-Datenbank erlaubt einen raschen Überblick über die Menschenrechtsinformationen des UNO-Systems zu allen Ländern. Allgemein ging es bei dem Seminar darum, eine ausgewogenere und weniger selektive Arbeitsweise als in der ehemaligen Menschenrechtskommission zu fördern. Dabei ist die Formulierung von klaren und gerechten Regeln zur Behandlung der Menschenrechtssituation in den einzelnen Ländern entscheidend. Alle Länder waren zu den informellen Diskussionen eingeladen. Über 250 Vertreterinnen und Vertreter aus 140 Staaten sowie internationale Menschenrechtsexperten besuchten das Seminar. Das EDA hatte im Mai und Juni 2005 und im Mai 2006 ähnliche Treffen in Lausanne durchgeführt.

28.08.2006

Internationale Partnerorganisationen

Info

Diese Rubrik enthält Neuigkeiten von neun Partnerorganisationen, mit denen KOFF strategische Allianzen unterhält.

- [Berghof-Center](#)
- [CDA Collaborative Learning Projects](#)
- [Conciliation Resources](#)
- [European Centre for Conflict Prevention](#)
- [European Peacebuilding Liaison Office \(EPLO\)](#)
- [Gruppe Friedensentwicklung \(FriEnt\)](#)
- [International Alert](#)
- [Plattform Zivile Konfliktbearbeitung](#)
- [SPICE/GTZ](#)

Berghof

Die Berghof-Stiftung hat einen neuen [Internet-Auftritt](#). Unter anderem wurde der Zugriff auf die Publikationen vereinfacht, ein Newsletter informiert nun über Neuerscheinungen. Auch die Seiten des [Berghof Handbuchs](#) wurden überarbeitet und übersichtlicher gestaltet.

FriEnt

- FriEnt hat zwei neue Themenschwerpunkte gesetzt, die jetzt auch auf der [FriEnt-Website](#) präsent sind: Die Rolle von Blockadekräften in Friedensprozessen und das Verhältnis von Friedensentwicklung und Sicherheit.
- FriEnt hat eine [englischsprachige Fassung](#) ihrer Webseiten aufgeschaltet.
- Im aktuellen [FriEnt-Newsletter](#) gibt es einen Schwerpunktartikel zur EU-Präsidentschaft von Finnland (Konfliktprävention in Afrika).

International Alert

International Alert's neue Publikation „Local Business, Local Peace“ beleuchtet das Potential privater Unternehmen für die Friedensförderung. Zwanzig Fallstudien vereinigen die Erfahrungen lokaler Geschäftsleute wie Hersteller von Mobiltelefonen in Sierra Leone, Zuckerproduzenten in Guatemala und Trekking-Agenturen in Nepal.

Veranstaltungen

Info

Diese Rubrik enthält Hinweise zu ausgewählten Veranstaltungen in der Schweiz im Zusammenhang mit der zivilen Friedensförderung.

Weitere [Hinweise](#) finden sich im KOFF-Infomark

- Die politische Abteilung IV des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten organisiert ihre [Jahreskonferenz](#) zum Thema „Politische Risiken im globalisierten Markt: Mögliche Unternehmensansätze zur Konfliktprävention und Respektierung von Menschenrechten. Die Konferenz findet am 8. September in Bern statt.
- Am 8. September findet in Zürich die [Jubiläumsveranstaltung](#) 70 Jahre Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH) statt mit einer Diskussion zum Thema „Welche Arbeit für welche Entwicklung“ unter Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Gewerkschaften, Medien und Wirtschaft.
- Zehn Jahre nach Abschluss der Friedensabkommen in Guatemala und in Bosnien und Herzegowina führt KOFF in diesem Jahr verschiedene Veranstaltungen zu diesem Thema durch. Am 12. September findet in Bern ein [Rundtisch](#) statt zu den Erfahrungen und Perspektiven der Schweizerischen Aussenpolitik und Friedensförderung in den beiden Regionen.
- Am 14. September in Spiez und am 19. September in Roggwil führt HEKS in Zusammenarbeit mit KOFF – swisspeace [Informations- und Diskussionsveranstaltungen](#) zur Aufarbeitung der Vergangenheit in Guatemala durch. Am 16. September findet in Bern ein Seminar mit den Gastreferenten statt.
- Wie sieht die Situation von Frauen weltweit zehn Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Beijing aus? Die cfd-Frauenstelle und die Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich organisieren dazu am 15. September in Zürich eine [Veranstaltung](#), an der die Resultate einer Studie des UN-Forschungsinstitut für soziale Entwicklung (UNRISD) vorgestellt werden.
- Am 21. September zeigt swisspeace den Dokumentarfilm „Spin Giri – Die weissen Bärte“. Der Film gewährt einen Einblick in die Arbeit nationaler und internationaler Akteure in Afghanistan im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen 2005. Dokumentiert wird die Arbeitsweise des „Tribal Liaison Offices“, einem Projekt, das von swisspeace und der deutschen Heinrich-Böll-Stiftung in den paschtunischen Provinzen Paktia, Paktika und Khost initiiert und aufgebaut wurde.
- Peace Brigades International Schweiz führt am 23. September in Bern und am 30. September in Zürich und in Lausanne [Informationsnachmittage](#) durch.
- Der Verein Lateinamerika-Schweiz (ALAS) führt im September und Oktober eine [sechsteilige Vortragsreihe](#) in Bern durch zum Thema „Aufbruchstimmung in Lateinamerika. Linke Regierungen – Neue Politik?“.

Publikationen

Info

[TEC](#)

Abschlussbericht der „Tsunami Evaluation Coalition“

Im Juli hat die „Tsunami Evaluation Coalition“ (TEC), eine Gruppe aus Vertretern multilateraler Geberländer sowie internationaler Nichtregierungsorganisationen, ihren Synthesebericht vorgelegt. Dieser stellt die Ergebnisse der mehr als einjährigen Evaluation der internationalen Reaktion auf den Tsunami vom Dezember 2004 vor.

Der Bericht besteht aus drei Hauptteilen, einer Einführung, verschiedenen Abschnitten zur Katastrophe und zu deren Bewältigung sowie Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Er zeigt auf, dass die Hilfeleistungen nicht nur aufgrund der effektiven Bedürfnisse erfolgten, sondern auch als Reaktion auf politischen Druck und auf die Einschätzung der Hilfsorganisationen, was die Öffentlichkeit der Geber-Länder als angemessen erachtet. Der Bericht drängt auf ein unparteiisches, flexibles und transparentes Verteilsystem der Mittel und eine unabhängige Überwachung. Er ruft die Geberländer auf, auch in längerfristig angelegte und präventive Programme zu investieren. Die internationalen Organisationen werden aufgefordert, lokal vorhandene Strukturen besser zu nutzen und zu unterstützen.

Info

[Infolyer und Bestellung](#)

„Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis“

Im zweisprachigen (deutsch/englisch) Sammelband „Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis“ wird der Pazifismus als theoretische Position der philosophischen und theologischen Ethik systematisch unter die Lupe genommen. Sechzehn Originalbeiträge von Autorinnen und Autoren, welche die Pazifismusdebatte in den vergangenen vierzig Jahren teils entscheidend geprägt haben, analysieren den Pazifismus und setzen sich mit den aktuellen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen auseinander. Dabei gehen sie der Leitfrage nach, ob sich eine pazifistische Position heute noch vertreten lässt oder auf jeden Fall ad acta zu legen ist.

Der erste Teil des Bandes greift in drei Aufsätzen zentrale Aspekte der ideengeschichtlichen Entwicklung pazifistischen Denkens auf. Der zweite Teil, der eigentliche Hauptteil, betrachtet das pazifistische Denken als theoretische Position und beleuchtet seine Stärken und Schwächen. Inhaltliche Schwerpunkte werden auf die Auseinandersetzung mit der Thematik der Humanitären Intervention sowie auf den internationalen Terrorismus und die Reaktion darauf gesetzt. Abgerundet wird der Band mit Perspektiven auf die pazifistische Praxis: Vier Friedenspolitikerinnen und -politiker aus der Schweiz und aus Deutschland erörtern unter anderem die Themen „Pazifismus zwischen Ideal und politischer Realität“ und „Braucht die Welt eine Schweizer Armee?“.

Webtipp

Info

dignity-rights.com

Digitales Redesign der Menschenrechtserklärung

Die Webseite dignity-rights.com ist eine neue und sehr attraktive visuelle Form der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948. Auf der Webseite lassen sich die 30 Artikel der Menschenrechtserklärung in einer eigens kreierten Bild-Schrift anzeigen. Jeder Buchstabe steht für ein Menschenrechtsthema und ist mit einer Vielzahl von aktuellen entsprechenden Menschenrechtsverletzungen aus der Datenbank von „Human Rights Watch“ verlinkt. Die Website ist im Rahmen einer Diplomarbeit an der Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich entstanden.

Herausgeber: Kompetenzzentrum Friedensförderung (KOFF) / swisspeace

Adresse: Sonnenbergstrasse 17, CH - 3000 Bern 7
Tel: +41 (0)31 330 12 12; Fax: +41 (0)31 330 12 13

Redaktion: [Lorenz Jakob](mailto:Lorenz.Jakob@koff.ch)



Der KOFF-Newsletter erscheint am 1. jedes Monats (ohne 1. August und 1. Januar) in Deutsch, Englisch und Französisch. Der Newsletter wird elektronisch vertrieben. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind auf den KOFF-[Webseiten](#) im PDF-Format herunterladbar. Im [Online-Archiv](#) können sämtliche Artikel nach Suchbegriffen abgefragt werden.

Das KOFF wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten ([EDA](#)) sowie den folgenden Schweizer Nichtregierungsorganisationen:

- [Alliance Sud](#) • [Association pour la démilitarisation](#) • [BAHA'!](#) • [Bethlehem Mission Immensee](#) • [Brot für Alle](#) • [Brücke Le pont](#)
- [Caritas Schweiz](#) • [CASIN](#) • [CIMERA](#) • [cfd](#) • [Fastenopfer](#) • [Fondation Hirondelle](#) • [Forum für Friedenserziehung](#)
- [Frauen für den Frieden Schweiz](#) • [FriedensFrauen Weltweit](#) • [Gemeinden Gemeinsam Schweiz](#) • [Geneva Call](#) • [Gesellschaft für bedrohte Völker](#) • [GSoA](#) • [HEKS](#) • [Helvetas](#) • [Info-Link.org](#) • [Intercooperation](#) • [International Association for Human Values](#)
- [International Peacebuilding Alliance - Interpeace](#) • [Interteam](#) • [LIPS](#) • [Medienhilfe](#) • [Medico International Schweiz](#)
- [Mission 21](#) • [MIVA Schweiz](#) • [Peace Brigades International](#) • [Palmyrah](#) • [Peace Watch Switzerland](#) • [Quaker United Nations Office](#) • [Schweizerische Flüchtlingshilfe](#) • [Schweizerischer Friedensrat](#) • [Schweizerisches Arbeiterhilfswerk](#) • [Schweizerischer Katholischer Frauenbund](#) • [Service Civil International Schweiz](#) • [Stiftung Kinderdorf Pestalozzi](#) • [Schweizerisches Rotes Kreuz](#)
- [Swissaid](#) • [Terre des Hommes Schweiz](#) • [World Vision Switzerland](#)